

Sicherung des Automobilstandorts Bochum (Plenarsitzung vom 01.04.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Als nächster Redner spricht der Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Zunächst einen Satz zum Verfahren: Es freut mich, dass die SPD jetzt auch einen Eilantrag gestellt hat, nachdem ich bereits einen vor einer Woche gestellt habe, der zunächst weiter hinten auf der Tagesordnung stand. Noch einmal danke, dass das Verfahren jetzt etwas geändert worden ist.

Die aktuelle Krise der Automobilindustrie und der Automobilzulieferer trifft besonders die Opel-Werke in den vier Bundesländern NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Durch die Krise des Mutterkonzerns General Motors, welcher bereits seit 2005 Verluste in Milliardenhöhe schreibt, sind die vier deutschen Standorte von Insolvenz bedroht. Es ist also kein Problem, dass wir nur in NRW haben. Es ist aber unerträglich, wie die CDU/SPD-Bundesregierung mit den Hoffnungen der Menschen bei Opel aus ideologischen und wahltaktischen Motiven spielen. Wir erleben hier eine Schaufensterpolitik; der Ministerpräsident war ja kürzlich in den USA, hat auch mit General Motors geredet und nichts erreicht.

Bei ihrem Besuch bei Opel lehnt die Kanzlerin einen direkten Staatseinstieg bei Opel erneut aus ideologischen Gründen ab. Das ist ein Teil der Bundesregierung. Der andere Teil: SPD-Spitzenkandidat Walter Steinmeier lässt sich auch während einer Afghanistan-Konferenz nicht davon abhalten, eine Staatsbeteiligung bei Opel einzukalkulieren. Das ist die Haltung der Bundesregierung. Das heißt: Es gibt keinen klaren Kurs. Es wird geeiert und gewackelt.

Die Hoffnungen des deutschen Autoherstellers Opel auf staatliche Unterstützung in den USA haben erneut einen Dämpfer erhalten. Führende Gläubiger des krisengeschüttelten amerikanischen Opel-Mutterkonzerns GM haben massive Zweifel an dessen Sanierungsplänen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Hilfssicherungen weiter daran geknüpft, dass das Sanierungskonzept der Mutter in Detroit zukunftsfähig ist. Zudem setzt die Bundesregierung auf eine weitestgehende Loslösung Opels von GM sowie auf den Einstieg eines Investors.

Union und FDP wollen einen direkten staatlichen Einstieg bei dem Autohersteller vermeiden.

Deshalb soll ein Investor gefunden werden. Das ist die reale Politik, die wir im Augenblick erleben. GM hat sich über Anleihen bei Investoren am Kapitalmarkt 27 Milliarden Dollar beschafft. Die Gläubiger befürchten nun im Falle einer Pleite, leer auszugehen. Es sei unklar, ob der Sanierungsplan GM tatsächlich vor der Insolvenz bewahren könne. Auch die Arbeitnehmerseite soll für weitere Zugeständnisse Anteile am Konzern bekommen, erzielte aber darüber bisher keine Einigung mit GM.

Der Sonderberater der US-Regierung für die Autobranche, Steve Rattner, kritisierte die GM-Gläubiger als weniger konstruktiv als die Gewerkschaften. Auch sehr interessant zu hören.

Der Autokonzern muss der US-Sanierung ein Sanierungskonzept vorlegen. Auf dieser Basis will die Task-Force der US-Regierung Präsident Obama eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen bei GM geben. Die Bandbreite reicht über Staatshilfen von insgesamt bis zu 30 Milliarden Dollar bis hin zum Insolvenzverfahren mit ungewisser Auswirkung auf die deutsche Tochter Opel.

Aufgrund der aktuellen Situation stellen zur kurz- und mittelfristigen Sicherung aller vier Opel-Standorte die Bildung eines Bundeskonsortiums und die Gründung einer gemeinsamen Firma Opel eine zukunftsfähige Alternative zu den Plänen von GM dar. Deswegen fordere ich die Landesregierung zu folgenden Maßnahmen auf:

Erstens: Aufnahme von Verhandlungen mit den Landesregierungen der drei weiteren betroffenen Bundesländer, um Kaufvarianten zur Herauslösung der Opel-Werke aus dem GM-Konzern vorzulegen.

Zweitens. Gründung eines Konsortiums aus den betroffenen Bundesländern NRW, Hessen, Rheinland Pfalz und Thüringen sowie die Einbringung von Beteiligungen bei Opel, um mindestens die Sperrminorität zu erlangen mit dem Ziel, Standorte und Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsfähig zu gestalten, das heißt: sozial, ökologisch und nachhaltig.

Drittens. Umwandlung der Marke Opel in ein Unternehmen Opel als Aktiengesellschaft oder GmbH, an welcher die vier Bundesländer eigentumsrechtlich beteiligt sind, als Voraussetzung für die Schaffung einer europäischen Lösung.

Das könnte die Landesregierung tatsächlich machen, um die Arbeitsplätze bei Opel auch in NRW zu sichern. Ich nehme aber einmal an, Ihre Pläne gehen wieder in eine völlig andere, in eine völlig falsche Richtung. Wahrscheinlich werden wir demnächst erleben, dass Opel auch in Deutschland insolvent wird.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Wittke von der CDU-Fraktion.